

An den
Regierenden Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei - Bürgerberatung
Berliner Rathaus
Jüdenstraße 1

10178 Berlin

..... (Name)
..... (Straße)
.....Berlin..... (PLZ/Ort)

Vollmacht/Einwilligung

Hierdurch bevollmächtige ich die Bürgerberatung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin - Senatskanzlei - zur Klärung meines Anliegens mit den betreffenden zuständigen Stellen bzw. Institutionen Kontakt aufzunehmen. Ich bin damit einverstanden, dass in diesem Zusammenhang die Bürgerberatung der Senatskanzlei von der zuständigen Stelle bzw. Institution gemäß § 67b Absatz 1 SGB X in Verbindung mit § 67b Absatz 2 SGB X die erforderlichen personenbezogenen Daten sowie Sozialdaten übermittelt bekommt und unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) verarbeitet.

Mir ist bekannt, dass eine Klärung meines Anliegens durch die Bürgerberatung ohne Vorlage einer solchen Einwilligung nicht möglich ist und das die übermittelten personenbezogenen Daten bzw. Sozialdaten ausschließlich zur Klärung des von mir bei der Bürgerberatung vorgebrachten Anliegens genutzt und verarbeitet werden. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Alle personenbezogenen Daten, die der Bürgerberatung von den zuständigen Stellen bzw. Institutionen übermittelt wurden, werden in diesem Fall gelöscht.

Alle Dienstkräfte der Bürgerberatung, die diese Daten verarbeiten bzw. Einblick in diese haben, unterliegen der Schweigepflicht und sind zur Wahrung des Datengeheimnisses gemäß § 38 des Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz - BlnDSG) verpflichtet. Die Informationen nach den Artikeln 13, 14 und 21 DS-GVO über den Umgang mit meinen Daten und meine Rechte habe ich zur Kenntnis genommen.

.....
(Datum)

.....
(Unterschrift - Vor und Nachname)

Hinweis: Die genannten Gesetzestexte können Sie auf der Rückseite nachlesen.

Zehntes Buch Sozialgesetzbuch - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz - (SGB X) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2639) – Auszug –

§ 67b Speicherung, Veränderung, Nutzung, Übermittlung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung von Sozialdaten

- (1) Die Speicherung, Veränderung, Nutzung, Übermittlung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung von Sozialdaten durch die in § 35 des Ersten Buches genannten Stellen ist zulässig, soweit die nachfolgenden Vorschriften oder eine andere Rechtsvorschrift in diesem Gesetzbuch es erlauben oder anordnen. Dies gilt auch für die besonderen Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679. Die Übermittlung von biometrischen, genetischen oder Gesundheitsdaten ist abweichend von Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b, d bis j der Verordnung (EU) 2016/679 nur zulässig, soweit eine gesetzliche Übermittlungsbefugnis nach den §§ 68 bis 77 oder nach einer anderen Rechtsvorschrift in diesem Gesetzbuch vorliegt. § 22 Absatz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes gilt entsprechend.
- (2) Zum Nachweis im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679, dass die betroffene Person in die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten eingewilligt hat, soll die Einwilligung schriftlich oder elektronisch erfolgen. Wird die Einwilligung der betroffenen Person eingeholt, ist diese auf den Zweck der vorgesehenen Verarbeitung, auf die Folgen der Verweigerung der Einwilligung sowie auf die jederzeitige Widerrufsmöglichkeit gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 hinzuweisen.
- (3) Die Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zu Forschungszwecken kann für ein bestimmtes Vorhaben oder für bestimmte Bereiche der wissenschaftlichen Forschung erteilt werden.

Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in der Berliner Verwaltung (Berliner Datenschutzgesetz - BInDSG) vom 13. Juni 2018 (GVBl. 2018, S. 418) - Auszug -

§ 38 Datengeheimnis

Mit Datenverarbeitung befasste Personen dürfen personenbezogene Daten nicht unbefugt verarbeiten (Datengeheimnis). Sie sind bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Das Datengeheimnis besteht auch nach der Beendigung ihrer Tätigkeit fort.

<p>Datenschutzhinweise für Betroffene Der Umgang der Bürgerberatung mit Ihren Daten und Ihre Rechte Informationen nach Artikeln 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO</p>	
<p>Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Bürgerberatung der Senatskanzlei sowie über Ihre Betroffenenrechte:</p>	
<p>1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?</p>	<p>Verantwortliche/r im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:</p> <p>Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei Chef der Senatskanzlei Christian Gaebler Jüdenstr. 1, 10178 Berlin Telefon: +49 30 9026-0 E-Mail: Datenschutz@senatskanzlei.berlin.de</p> <hr/> <p>Sie erreichen unsere/n Datenschutzbeauftragte/n unter:</p> <p>Der Regierende Bürgermeister von Berlin – Senatskanzlei Datenschutzbeauftragte/r Jüdenstr. 1, 10178 Berlin Telefon: +49 30 9026-0 E-Mail: behDSB@senatskanzlei.berlin.de</p>
<p>2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?</p>	<p>Personenbezogene Daten sind nach Art. 4 Nr. 1 DSGVO alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, Adresse und anderen Kontaktdaten oder zu einem oder mehreren persönlichen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.</p> <p>Die Bürgerberatung verarbeitet im Rahmen ihrer Leistungserbringung in der Regel neben Kontaktdaten wie Name, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse auch weitere Angaben und Informationen zu persönlichen oder beruflichen Verhältnissen, die sie von Ihnen im Rahmen Ihrer Anfrage erhält, um mit Ihnen in Kontakt treten zu können und Ihre Anfrage zu beantworten bzw. Ihr Anliegen zu bearbeiten.</p> <p>Zudem verarbeitet die Bürgerberatung personenbezogene Daten, die sie zur Klärung Ihres Anliegens von anderen Verwaltungsdienststellen und Institutionen oder von sonstigen Dritten zulässigerweise (z. B. aufgrund einer erteilten Vollmacht) erhält.</p> <p>In vielen Fällen ist es im Rahmen der Tätigkeiten nicht möglich bzw. unverhältnismäßig, mit anonymisierten oder pseudonymisierten Daten zu arbeiten.</p>
<p>3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher rechtlichen Grundlage?</p>	<p>Wir verarbeiten Ihre Daten insbesondere zur Beantwortung Ihrer Anfragen bzw. zur Klärung Ihres Anliegens. Welche Daten dabei im Einzelnen verarbeitet werden, richtet sich maßgeblich nach dem Zweck, mit dem Sie sich an die Bürgerberatung wenden.</p> <p>Die Bürgerberatung verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten unter Wahrung des Datenschutzes und nutzt diese nur für die Durchführung des Verfahrens zur Klärung Ihres Anliegens im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Bestimmungen aufgrund einer der nachfolgend aufgeführten Rechtsgrundlagen:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Soweit Sie der Bürgerberatung eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für die Klärung Ihres Anliegens erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO), b) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. c) DSGVO), c) zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO).

<p>4. Wer bekommt meine Daten (Empfänger)?</p>	<p>Zur Beantwortung Ihre Anfrage bzw. zur Klärung Ihres Anliegens kann es je nach Sachlage erforderlich sein, Daten zu Ihrer Person auch an andere Verwaltungsdienststellen und/oder Institutionen zu übermitteln, um zur Klärung des Sachverhaltes eine Stellungnahme einzuholen.</p> <p>Gegebenenfalls ist die Bürgerberatung für Ihre Anfrage nicht zuständig, sodass es erforderlich ist, Ihre Eingabe an die zuständige Stelle weiterzuleiten. In diesem Fall werden Sie darüber informiert, dass Ihre Anfrage/ Ihr Anliegen an die zuständige Stelle abgegeben wurde.</p>
<p>5. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?</p>	<p>Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), sog. Drittstaaten findet nicht statt.</p>
<p>6. Wie lange werden meine Daten gespeichert?</p>	<p>Soweit sich aus gesetzlichen Aufbewahrungsfristen nichts anderes ergibt, löschen wir Ihre Daten fünf Jahre nach abschließender Beantwortung der Anfrage bzw. Erledigung Ihres Anliegens bzw. im Falle weiterer Anfragen fünf Jahre gerechnet ab Ihrer letzten Anfrage.</p>
<p>7. Welche Datenschutzrechte habe ich (Betroffenenrechte)?</p>	<p>Jede betroffene Person hat gegenüber der Senatskanzlei</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Recht auf Auskunft über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (dazu gehören auch Auskünfte über Zweck, Empfänger und Dauer der Speicherung) (Art. 15 DSGVO), • das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), • das Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO), • das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit (Art. 18 und 20 DSGVO) sowie • das Recht auf Widerspruch gegen eine Verwendung für Marketingzwecke und aufgrund einer Verarbeitung berechtigten Interesses (Art. 21 DSGVO). Legen Sie Widerspruch ein, wird die Bürgerberatung Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten. <p>Eine einmal erteilte Einwilligung kann jederzeit gegenüber der Senatskanzlei mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt. In diesem Fall können wir Ihnen möglicherweise mit Ihrem Anliegen nicht mehr helfen. Der Widerruf ist zu richten an die in Ziff. 1 genannte Kontaktadresse (Datenschutzbeauftragte/r).</p> <p>Zur Wahrung aller in dieser Ziffer genannten Rechte kann sich jeder Betroffene an den/die Datenschutzbeauftragte/n der Senatskanzlei (siehe Ziffer 1) wenden.</p> <p>Zudem können Sie sich - wenn Sie der Auffassung sind, dass die Bürgerberatung bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat - mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Betroffene können ihre Beschwerde an die Behörde ihres Wohnsitzes, grundsätzlich aber auch an jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde richten. Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde für die Senatskanzlei ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die sie wie folgt kontaktieren können:</p> <p>Friedrichstraße 219 10969 Berlin Tel.: +49 30 13889-0 E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de.</p>
<p>8. Besteht für mich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?</p>	<p>Es besteht keine Verpflichtung personenbezogene Daten bei Anfragen bzw. Anliegen der Bürgerberatung zur Verfügung zu stellen. Eine Beantwortung Ihrer Anfrage/ Ihres Anliegens kann allerdings nur erfolgen, wenn wir mit Ihnen Kontakt aufnehmen können.</p>
<p>9. Besteht eine automatisierte Entscheidungsfindung oder eine Profilbildung?</p>	<p>Eine automatisierte Entscheidungsfindung findet ebenso wie das Erstellen von Nutzerprofilen (Profilbildung/Profiling) gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO <u>nicht</u> statt.</p>